

Liebe Redaktion

Wir bitten Sie, dieses Communiqué bei der nächstmöglichen Gelegenheit zu publizieren.
Besten Dank und freundliche Grüsse.

Thun/Olten, 8. Januar 2011

Medienmitteilung

Parole der EDU Schweiz für den 13. Februar 2011

Nein zur Initiative "Für den Schutz vor Waffengewalt"

Unter der Leitung von Präsident Hans Moser fassten die Delegierten der EDU Schweiz am 8. Januar in Olten die Nein-Parole für die von der GSoA und SP lancierten Volksinitiative "für den Schutz vor Waffengewalt".

Die Delegierten der EDU-CH empfehlen mit 12 Ja gegen 54 Nein bei 0 Enthaltungen die Initiative „Für den Schutz vor Waffengewalt“ am 13. Februar 2011 abzulehnen.

Am 8. Januar 2011 fand die erste Delegiertenversammlung der EDU-Schweiz im Wahljahr 2011 in Olten statt. Eines der Haupttraktanden war der Beschluss einer Parole für die Eidg. Abstimmungsvorlage vom 13.02.2011 über die Volksinitiative „Für den Schutz vor Waffengewalt“. Nach einer lebhaften Debatte, in welcher Dr. med. Christian Bernath, Facharzt für Psychiatrie und Psychotherapie aus Thalwil, die Befürworterseite der Initiative vertrat und Dr. med. Yvette Estermann, Nationalrätin SVP-LU aus Kriens, gegen diese Volksinitiative argumentierte. Die anschliessende Abstimmung führte zu einem Mehrheitsentscheid mit 12 Ja gegen 54 Nein und 0 Enthaltungen gegen diese Volksinitiative, resp. zur Nein-Parole. Folgende Gründe führten zum Nein-Mehrheitsentscheid:

- Die EDU-Delegierten bejahten das Grundanliegen Lebensschutz und Schutz vor Waffengewalt und Vermeidung von Tötungen in Familien und Suiziden mit Schusswaffen. Grundsätzlich wurde auch die Aufbewahrung der Armeewaffen im Zeughaus bejaht.
- Trotzdem lehnte eine Mehrheit der Delegierten diese Initiative ab, weil sie aus Sicht der Delegierten den an und für sich erwünschten Effekt nicht bringen kann. Folgende Nein-Argumente führten zum Nein:
 - o Die Todesursachenstatistiken zeigen, dass bei Suiziden Schusswaffen in den letzten Jahren deutlich abgenommen haben und vermehrt Medikamente und Gifte für Suizide verwendet wurden.
 - o Ursache der Gewalt und Tötungsdelikte ist nicht die Waffe an sich, sondern der Mensch selber in seiner Situation. Das Vorhandensein einer Schusswaffe kann jedoch die Hemmschwelle für eine Tötung oder einen Gewalttat senken.
 - o Die häufigste Waffe für Gewaltdelikte im Haushalt sind Messer.
 - o Die Armee hat kürzlich die Abgabe von Taschenmunition an die Wehrpflichtigen eingestellt und die vorhandene Taschenmunition eingezogen.
 - o Seit 2007 können Armeeangehörige ihre Waffe freiwillig im Zeughaus deponieren. Leider hat das VBS diese Regelung (noch) nicht generell eingeführt.
 - o Die Kantone verfügen bereits über Datenbanken mit den registrierten Waffen. Diese Dateien werden gegenwärtig auf nationaler Ebene zusammengeführt, verlinkt.

EDU Schweiz

- Die gesetzlichen Bestimmungen rund um den Waffenbesitz wurden in den letzten Jahren in der Schweiz wesentlich verschärft.
- Die Umsetzung des Nachweises von Bedarf und Fähigkeit gemäss Initiative ist aus Sicht der EDU-Delegierten in der Realität kaum umsetzbar.
- Aus Sicht der Delegierten haben Gewalt verherrlichende Filme und Computerspiele einen grösseren Einfluss auf die Gewaltbereitschaft von Jugendlichen und Erwachsenen und Gewaltdelikte als die Präsenz von Armeewaffen in Haushalten.
- Die Delegiertenversammlung betrachtet die Initiative als nicht geeignet um den an und für sich erwünschten Effekt zu erreichen. Zudem bringt sie einen unverhältnismässigen administrativen Aufwand mit sich.
- Die Initianten argumentieren mit Lebensschutz als Ziel und befürworten gleichzeitig die Tötung von Ungeborenen, sowie die Suizidbeihilfe, was unglaublich ist.
- Keine wesentliche Rolle spielten Argumente wie Schützentradition, Misstrauensantrag gegen Schweizer-Soldaten, usw.

Protestschreiben gegen Gewalt

Die Delegiertenversammlung unterstützte je ein Schreiben im Namen der EDU an die Botschaften von Ägypten und Irak mit einem Protest gegen die Attacken von islamischen Extremisten z.B. in Bagdad und Alexandria. Ein zweites EDU-Schreiben ist an die Botschaft von Weissrussland adressiert und teilt die Bedenken und den Protest der EDU betreffend Repression gegen die politische Opposition mit. Im weiteren wurde über den Stand der Wahlvorbereitungen 2011 informiert sowie das neue politische Aktionsprogramm für die Legislatur 2011 – 2015 vorgestellt.

Für Rückfragen wenden Sie sich an:

Hans Moser, Präsident EDU Schweiz, 079 610 42 37
Alt Nationalrat Christian Waber, 079 411 00 30
Nationalrat Andreas Brännimann, 079 356 29 70